

Warum wir nicht so weitermachen dürfen wie bisher!

Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendpolitik

Vorbemerkung

Nichts scheint mehr selbstverständlich in den noch demokratischen Ländern dieser Welt. Die Schere zwischen Armut und Reichtum wächst beständig, Menschenrechte werden schrittweise ausgehöhlt, Rechtsextremismus und Populismus sind auf dem Vormarsch und die Lücke zwischen umweltpolitischen Handlungsbedarfen und dem, was real geschieht, hat für viele Menschen beängstigende Ausmaße. Parallel dazu expandieren auf Machtmissbrauch basierende autokratische und nationalistische Politikkonzepte und die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben der Völker auf gesicherten internationalen Vertragsgrundlagen ist durch die weltweiten Kriegskonflikte einem Klima der Angst gewichen.

Kinder und Jugendliche sind von dieser Entwicklung in vielfacher Weise betroffen. Dies zeigt sich nicht nur in der Zunahme psychischer Belastungssymptome sondern auch in der sich zuspitzenden Bildungsmisere, die für Deutschland im Bildungsmonitor für die letzte Dekade erstmals eine Verschlechterung feststellt.

Dem gegenüber steht das Wissen, dass die Zukunftsfähigkeit eines Landes ohne nennenswerte Bodenschätze, seinen Wohlstand der Tüchtigkeit, dem Kenntnisreichtum, der Innovationskraft und der Kooperationsfähigkeit seiner Menschen verdankt.

Fakt ist: Deutschland hat die soziale, kreative und kognitive Bildung unserer nachwachsenden Generation vernachlässigt und die Folgen sozialer Ausgrenzung insbesondere durch Armut seit zwei Jahrzehnten immer nur politisch bedauert, aber bisher niemals ernsthafte Versuche unternommen, die Ursachen zu bekämpfen.

Die quantitativen und qualitativen Defizite in der Erziehung, Betreuung und Bildung in unseren Kitas und in unseren Schulen sind hinlänglich dokumentiert. Die damit verbundene Teilausgrenzung von Frauen aus dem Erwerbsleben hat gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und verschärft den Fachkräftemangel. Insbesondere durch die Entwicklung bei den Mieten und den Wohn-Nebenkosten haben sich die Lebenslagen vieler Familien verschärft und beeinträchtigen die Möglichkeiten sozialer Teilhabe gerade für Kinder und Jugendliche.

Vor diesem Hintergrund gestaltet sich die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe widersprüchlich. Obwohl die öffentlichen Aufwendungen mit 71,9 Milliarden Euro in 2023 (Statistisches Bundesamt) jährlich steigen und allein gegenüber 2022 ein Wachstum von 9,2 % zu verzeichnen ist, herrscht in fast allen Arbeitsfeldern Krisenstimmung und überall in Deutschland formiert sich der Protest der Beschäftigten.

Die Politik eines Mehr vom Selben und ihre Auswirkung auf die Kinder- und Jugendhilfe

In einer Zeit, in der solidarische Strukturen des Zusammenlebens erodieren und Ausgrenzung zunimmt und in der ordnungspolitische und technokratische Konzepte Oberhand gewinnen,

verliert die Kinder- und Jugendhilfe ihren Kompass – nämlich die Hilfe zur Selbsthilfe, die nur durch intensive Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien und durch eine lokale Infrastruktur von offenen Einrichtungen und Angeboten zu erreichen ist.

Wir wissen, dass die auf Fehlervermeidung und Bürokratisierung setzende Arbeit in den Sozialen Diensten sich nicht nur zu einem gigantischen Zeitfresser entwickelt hat, sondern auch die Möglichkeiten fachlich guter Arbeit erschwert, weil kaum noch Zeit bleibt, mit Hilfesuchenden gemeinsam nach Entlastungen und Lösungen zu suchen.

Wenn, wie z.B. in Hamburg, per Dienstanweisung die Zahl der Hilfeplangespräche auf nur eines pro Jahr begrenzt wird, dann ist dies nicht nur ein kapazitärer Hilferuf, sondern auch die administrative Durchsetzung eines faktischen Ausschlusses der Beteiligungsrechte von Kindern und Eltern.

Nach allen Evaluationsstudien wissen wir aber seit langem, dass die Beteiligung von Eltern und Kindern die entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe sind.

Die Beteiligungsrechte junger Menschen sind genau deshalb mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz von 2022 konkretisiert worden. Die Realität steht im Gegensatz dazu.

Ebenso müssen wir bundesweit seit Jahren eine erhebliche funktionale Schwächung der offenen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien feststellen, obwohl gerade diese eine enorme Bedeutung in der Alltagsentlastung haben und zugleich alternativlose Lernräume einer demokratischen Gesellschaft sind. Auch hier bestätigen alle Evaluationsstudien zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und zu Familienzentren die Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Hilfe zur Selbsthilfe.

Gerade als Folge der leider kurzfristig sich nicht auflösenden Enge von Wohnräumen und der damit verbundenen Zunahme von Spannungen und Interessenskonflikten in den Familien und der zunehmenden Isolierung sind Familienzentren, Bauspielplätze, Häuser der Jugend, Mädchentreffs usw. wichtiger denn je.

Diese Entwicklung einer Nachrangigkeit bei der Finanzierung solcher Angebote ist auch eine Auswirkung der Schuldenbremse. Sie begünstigt Ausgaben für individuelle Hilfen und weist allen infrastrukturellen Gewährleistungsverpflichtungen den Charakter der Freiwilligkeit zu.

Wenn wir diese Entwicklung nicht umkehren, wird die Kinder- und Jugendhilfe immer teuer und immer inhumaner.

Eckpunkte eines Paradigmenwechsels

Evidenzbasierung: Eine aufgeklärte Gesellschaft braucht eine Ausrichtung der Kinder- und Jugendpolitik an durch Forschung belegten inhaltlichen und strukturellen Erfolgsfaktoren und den Verzicht auf die Fortsetzung von durch Forschung und Erfahrung belegten Fehlentwicklungen in der Angebotsstruktur und im Personaleinsatz.

Rechtstreue: Ein Rechtsstaat muss die Anwendung und Umsetzung der nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen (SGB VIII, Grundgesetz, UN-Kinderrechtskonvention, Istanbul-

Konvention) soweit diese dem Staat verbindliche Aufgaben auferlegen (Verpflichtungen der Förderung, des Schutzes und der Beteiligung und deren Planung) sicherstellen.

Besondere Bedeutung hat dabei der Art. 3 der UN-KRK. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl der Kinder ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

Was bedeutet das für Hamburg?

Hamburg kann bei der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe sowohl auf bundesweiten als auch auf Hamburg-spezifischen Forschungsständen und Evaluationsergebnissen aufbauen, die in wesentlichen Teilen auch zu den einstimmig beschlossenen Empfehlungen der Enquetekommission geführt haben.

D.h. sie sind parteiübergreifend für richtig und notwendig bewertet worden.

Dies gilt insbesondere für:

- den Abbau der überbordenden, zeitraubenden und den fachlichen Handlungsspielraum des ASD einengenden Bürokratisierung,
- die Stärkung der Infrastruktur von offener Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Kinder- und Familienhilfezentren, Care-Leaver,
- den Ausbau und die Qualifizierung der regelhaften Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern,
- den Abbau von auswärtiger Unterbringung,
- den Verzicht auf Angebote und Einrichtungen, die mit Konzepten der Entwürdigung und mit Freiheitseinschränkungen arbeiten,
- kindgerechte Alternativen zu Kinderschutzhäusern und Inobhutnahmen.

Um dies zu ermöglichen, brauchen wir eine Reform und Vereinfachung der Finanzierungssysteme durch eine Öffnung der bisherigen Grenzen zwischen Rahmenzuweisungen und Zweckzuweisungen mit dem Ziel eines Jugendhilfebudgets für jeden Bezirk. Des weiteren bietet es sich an, für alle über-bezirklichen und bezirklichen Einrichtungen, die zur notwendigen Infrastruktur gehören, Zuwendungsverträge für die Dauer einer Legislaturperiode abzuschließen, in denen Anpassungsklauseln an die jährlichen Betriebskostensteigerungen enthalten sind. Voraussetzung dazu ist eine SGB VIII-konforme Ausgestaltung der bezirklichen Jugendhilfeplanung und eine Stärkung der Rechte der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse.

Über allen steht der Wille und die Bereitschaft, die Kinder- und Jugendhilfe als lernendes System zu gestalten, in dem sowohl Fehler als auch Erfolge zur Weiterentwicklung genutzt werden. Die Beteiligung der jungen Menschen und ihrer Familien muss dabei der entscheidende Qualitätsfaktor sein.